

RUSSLAND UND TÜRKEI BESIEGELN GASPIPELINE

Am Montag gaben der russische und der türkische Präsident Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdoğan im Rahmen der Weltenergiekonferenz in Istanbul bekannt, das Gaspipeline-Projekt „Turkish Stream“ weiter vorantreiben zu wollen.

Ein entsprechendes Regierungsabkommen wurde in Putins und Erdogans Anwesenheit von den Energieministern beider Länder unterzeichnet. Das Ziel des Abkommens ist es, russisches Gas direkt unter dem Schwarzen Meer in die Türkei fließen zu lassen. Angedacht ist noch ein zweiter Stang, die „Pipeline Nord Stream“. Dieser soll russisches Gas nach Europa transportieren. „Ich denke, dass es gut ist, um eine weitere schnelle Gasroute nach Europa zu schaffen [...] Ich bin froh, dass in der Welt neue Energierouten erscheinen,“ so der Chef des britischen Ölkonzerns BP, Robert Dudley.

Der Energieexperte und Politikwissenschaftler Gerhard Mangott betont, die Einigung auf die Gasrohre von Turkish-Stream sei eine „Vorbereitung für die völlige Normalisierung der Beziehungen zwischen Russland und der Türkei.“ Nach dem Abschluss eines russischen Kampfs durch die türkische Luftwaffe vergangenen November, war das der erste Türkei-besuch von Putin. Erst beim G20-Gipfel in China im September sprachen beide von einer vollständigen Aufnahme der bilateralen Beziehungen.

Trotz der Vereinbarung um die Gaslieferung, finden die Türkei und Russland immer noch keine Einigung zum Bürgerkrieg in Syrien, so der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow. Dabei betont Peskow, beide seien dazu bereit den Dialog zu dieser Frage zu führen.

KOMMENTAR

»Theresa May: Stolz und Vorurteil«

Von Alice Greschkow

Die Kritik an der britischen Premierministerin Theresa May mehrte sich - auch aus den eigenen Reihen. Man habe die "Tyrannei der EU" nicht abgewählt, um sie mit einer Regierung zu ersetzen, die die Stimme des Parlaments ignoriert, erklärt der Pro-Brexit-Abgeordnete Stephen Philipps im Guardian.

Als seien interne Streitigkeiten nicht genug, hat nun Nicola Sturgeon, die Erste Ministerin Schottlands, angekündigt ein weiteres Referendum für die Unabhängigkeit des Landteiles vorzubereiten.

May riskiert sowohl wirtschaftliche Stabilität als auch sozialen Frieden in ihrem Land. Mit ihrem harten Kurs und dem möglichen Austritt aus dem EU-Binnenmarkt sorgt sie verantwortungslos für nervöse Stimmung an den Börsen und im Handel. Das britische Pfund hat mittlerweile 17% seines Wertes verloren und Tesco, die größte Handelskette Großbritanniens, hat erste Lieferschwierigkeiten, die man indirekt auf den Brexit zurückführen kann. Krude Ideen über Isolation und xenophobe Maßnahmen wie, dass schwangere Frauen vor der Geburt im Krankenhaus ihren Pass vorzeigen und Unternehmen die Anzahl ihrer Mitarbeiter aus EU-Mitgliedsstaaten offenlegen sollen, vergiften das Geschäftsklima und die Gesellschaft. Bei solchen Vorstößen geht es nicht um Souveränität oder Patriotismus - es geht um rückständiges Wunschenken, nach welchem die Globalisierung mit ein paar kleinen Anpassungen aufzuhalten sei.

Selbst das mutige Auftreten Mays kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der ganze Prozess chaotisch, unkoordiniert und alles andere als innovativ abläuft. In 20 Jahren wird May in die Fußstapfen von Margaret Thatcher treten und als die Frau im Gedächtnis bleiben, die ein ganzes Land spalten konnte.

BUNTES AUS BERLIN

FESTIVAL DER INTERNATIONALEN LITERATUR

Vom 28. Oktober bis 6. November findet zum ersten Mal das Literaturfestival Stadtsprachen statt. Insgesamt sind 29 Veranstaltungen in unterschiedlichsten Formaten mit 95 Autorinnen und Autoren, Übersetzerinnen und Übersetzern sowie Kulturschaffenden aus 38 Ländern in über 30 verschiedenen Sprachen geplant. Mit Workshops, Präsentationen, und Performances will Festival der internationalen Literaturen die multilinguale Gegenwartsliteratur Berlins sichtbar machen. Die Veranstaltungsorte sind überall in Berlin verteilt, um die Diversität der Stadt zu zeigen.



Logo Literaturfestival Stadtsprachen

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-Id.Nr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement:
Alice Greschkow, Evgenia Laznik
Telefon 030.810588811
Auflage: 3.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. - Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschkow, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv <http://wiese-consult.com/hauptstadt-insider/informationen/>



INSIDER

TERRORGEFAHR MINIMIEREN!



Von Stephan Mayer MdB, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; Foto: Henning Schlacht

Deutschland ist schon seit längerer Zeit im Visier des islamistischen Terrorismus. Dieser Satz gilt nicht erst seit der Festnahme eines Terrorverdächtigen in Leipzig, sondern spätestens seit den beiden Anschlägen im Juli in Bayern und dem Angriff auf einen Bundespolizisten im Februar sowie dem Anschlag auf einen Sikh-Tempel im April dieses Jahres.

Die Ermittlung und Festnahme des Terrorverdächtigen ist nun, auch wenn sie zunächst misslang, ein großer Erfolg unserer Sicherheitsbehörden. Ihnen gebührt daher zunächst unser aller Dank - ebenso wie den Syrern, die den Terrorverdächtigen festhielten bis die Polizei eintraf. Der Fall zeigt uns aber auch deutlich die Bedeutung der Arbeit unse-

rer Nachrichtendienste. Ohne sie wäre die Festnahme erst gar nicht möglich gewesen.

Wir stehen weiterhin vor großen Herausforderungen. Die Gefahr islamistischer Terroranschläge wird auf absehbare Zeit nicht nachlassen. Und sie ist durch den Zustrom der Flüchtlinge aus den Bürgerkriegsgebieten sicherlich nicht geringer geworden.

Dies bedeutet natürlich nicht, dass jeder Flüchtling ein Terrorist ist. So langsam setzt sich aber auch bei denjenigen, die eine Auswirkung der Flüchtlingskrise auf unsere Innere Sicherheit stets standhaft verneint haben, die Erkenntnis durch, dass unter den Flüchtlingen sehr wohl auch Terroristen und Straftäter sein können. Und ob ein als Flüchtling getarnter Terrorist zu uns kommt oder ob es sich um einen Flüchtling handelt, der sich erst in unserem Land radikalisiert hat - in beiden Fällen muss uns dies in höchstem Maße beunruhigen.

Unsere Sicherheitsbehörden haben hierauf bereits reagiert. Durch neue gesetzliche Befugnisse wie die Mindestspeicherungsfristen, durch einen massiven Personalaufwuchs, durch eine noch engere nationale, europäische und internationale Zusammenarbeit und durch eine gründlichere Überprüfung derjenigen die in unser Land kommen und bereits gekommen sind. Diesen Weg gilt es konsequent fortzusetzen. Eine Alternative dazu gibt es nicht.

POLIZEISCHUTZ FÜR VAN DER BELLEN

Der österreichische Präsidentschaftskandidat Alexander Van der Bellen (Die Grünen) wird von Polizisten bewacht. Grund dafür sind explizite Morddrohungen über Twitter aus der Neonazi-Szene. Unter anderem gibt es Fotomontagen, auf denen Van der Bellen mit Messern im Körper gezeigt wird. Sein Wahlkampfteam berichtet zudem, dass vergleichbare rechtsradikale Anfein-

dungen in den vergangenen Wochen zunehmend aggressiver geworden sind. Die Stichwahl zum Bundespräsidenten findet am 4. Dezember statt. Der Grünen-Kandidat hatte sich mit einer knappen Mehrheit gegen Norbert Hofer, Kandidat der rechtspopulistischen Partei FPÖ, durchgesetzt. Die Wahl wird allerdings aufgrund mehrerer Formfehler wiederholt.

EGON-BAHR-FELLOWSHIP 2016: DEUTSCH-RUSSISCHER AUSTAUSCH FÜR DIE JUNGE GENERATION

Vom 1. bis zum 9. Oktober fand das fünfte Egon-Bahr-Fellowship in Moskau und Jekaterinburg statt. Das Programm wurde von den Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau und Nowosibirsk unter Schirmherrschaft von Franz Thönnies MdB organisiert.

Eine Gruppe aus 20 deutschen und russischen Teilnehmern zwischen 25 und 35 Jahren hatte dabei die Gelegenheit mit dem deutschen Botschafter Rüdiger von Fritsch, einem Journalisten des Oppositions-Fernsehsenders "Dozhd", Kulturschaffenden sowie Konzernvorständen der Region Sverdlovsk ins Gespräch zu kommen. Neben fachlichen Vorträgen, war der informelle Austausch zwischen den Teilneh-

mern vorrangig - nicht nur hitzige Diskussionen über das tagespolitische Geschehen, sondern auch Neugier dominierten: auf beiden Seiten gibt es viele blinde Flecken und verhärtetes Denken in Kategorien ohne die Diversität des jeweils anderen Landes zu kennen.

Thönnies mahnte, dass Russland geografisch nicht verschoben werden kann und eine diplomatische Eiszeit zu dem Land mit 140 Millionen Einwohnern langfristig für niemanden Vorteile bringt.

Auch die Sanktionen haben nur einen kurzzeitigen Effekt: die russische Wirtschaft passt sich schneller an als erwartet und auch deutsche Unternehmen investieren stärker aufgrund des billigen Rubel-Kurses.

VERFASSUNGSGERICHT WEIST CETA-EILANTRÄGE AB

Es war die größte Bürgerklage in der Geschichte des Bundesverfassungsgerichts: 200.000 Kläger wollten mit Eilanträgen verhindern, dass Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel für die Bundesregierung im EU-Ministerrat dem umstrittenen Freihandelsabkommen CETA zustimmt.

Das Urteil aus Karlsruhe betont allerdings, dass sichergestellt werden muss, dass ein Ausstieg aus CETA zu einem späteren Zeitpunkt grundsätzlich möglich wäre, sofern ein weiterer Beschluss vom Bundesverfassungsgericht folgen würde.

Ferner soll eine "demokratische Rückbindung" gewährleistet sein. Im Lenkungsremium, dem Gemischten Ausschuss, dürfen Änderungen an CETA vorgenommen werden, allerdings sitzen dort keine demo-

kratisch gewählten Vertreter, sondern Repräsentanten Kanadas und der EU.

Eine weitere Maßgabe sieht vor, dass lediglich diejenigen Aspekte von CETA anwendbar sind, die in die EU-Zuständigkeit fallen. Nationalstaatliche Belange wie das geistige Eigentum dürfen nicht berührt werden.

Das Abkommen zwischen der EU und Kanada könnte allerdings noch immer gestoppt werden. Das aktuelle Urteil sagt nämlich nichts über den Erfolg der mit den Eilanträgen verbundenen Verfassungsschwerden aus.

CETA soll am 27. Oktober unterzeichnet werden und es ist vorgesehen, dass bereits vor der Ratifizierung der nationalen Parlamente Beschlüsse vorläufig in Kraft treten.

GESTIEGENE VERBRAUCHERPREISE

Im Vergleich zum Vorjahr kosten Waren durchschnittlich 0,7% mehr - besonders Produkte wie Sojaerzeugnisse, Butter (+12%), Olivenöl (+9,4%), Fisch und Obst haben sich merklich verteuert. Im Gegensatz dazu sind die Preise für Quark (-18%) und H-Milch (-11%) stark gefallen.

Grund für die Preisentwicklung ist der gestiegene Ölpreis, der sich seit Jahresbeginn um 24% erhöht hat. Infolgedessen werden nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten Eurozone die Erzeuger- und Verbraucherpreise steigen. Ferner sind auch

Produktionsrohstoffe wie Kupfer, Nickel und Aluminium teurer geworden.

Mit dieser Tendenz nähert sich Deutschland an den Idealwert der EZB in Bezug auf die Inflation. Wenn diese bei knapp unter zwei Prozent liegt, sei dies optimal, um Wirtschaftswachstum anzukurbeln.

Für die kommenden zwei Jahre wird ein Preisanstieg von 1,4-1,6% prognostiziert. Das Abkommen der OPEC-Staaten zu geringeren Förderquoten um den Barrelpreis zu erhöhen, wird Experten zufolge zu keinen signifikanten Einfluss haben.



DIGITALE AGENDA 2020: NOCH NICHT IN UNTERNEHMEN ANGEKOMMEN

Das IT-Beratungsunternehmen CSC hat 500 Unternehmen in Deutschland, Österreich und der Schweiz zur internen digitalen Agenda befragt.

Obwohl in 95% der Fälle die Auswirkungen auf den Wettbewerb durch Digitalisierung klar wären, haben viele Unternehmen keine konkreten Maßnahmen umgesetzt, wie die Zeitschrift Horizont berichtet.

In der DACH-Region ist die Schweiz am besten vorbereitet: 60% der Firmen haben mit der Planung für Maßnahmen im Zuge der Digitalisierung begonnen, in Deutsch-

land und Österreich sind es jeweils nur 48% bzw. 47%.

Als größte Hürden nannten die Unternehmen die Schwierigkeit, "das Digitalisierungspotenzial des eigenen Hauses zu ermitteln, die Kosten nicht aus dem Ruder laufen zu lassen sowie Aus- und Weiterbildungslücken zu schließen".

Die 2014 in Deutschland vorgestellte Digitale Strategie der Bundesregierung formulierte das Ziel, Deutschland an die Führung der digitalen Branche zu bringen, u.a. durch Breitbandausbau.

PERSONALIEN

TIESLER IST VIZEPRÄSIDENT DES BAMF

Ralph Tiesler (Jg. 1959) ist seit dem 1. Oktober Vizepräsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg. Bisher war er als Vizepräsident des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) tätig. Zuletzt war er ins Bundesinnenministerium abgeordnet. Präsident des BAMF ist Frank-Jürgen Weise, der sich schrittweise aus diesem Amt zurückziehen möchte. Seine Nachfolge soll Ende des Jahres Jutta Cordt antreten, die am 1. Oktober zunächst als stellvertretende Leiterin ins BAMF gewechselt ist.

KOTSCH SPRICHT FÜR BRANDENBURGER BILDUNGS-MINISTERIUM

Ralph Kotsch (55) ist seit dem 4. Oktober Leiter des Referats Presse und Öffentlichkeitsarbeit sowie Pressesprecher im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport in Brandenburg. Er folgt auf Florian Engels, der Anfang September zum Regierungssprecher von Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) berufen wurde. Kotsch war zuletzt stellvertretender Chefredakteur und Leiter des Lokalressorts der "Berliner Zeitung".

IRISCHE BOTSCHAFT ZUR RE:PUBLICA MIT DEM IRISCHEN BOTSCHAFTER

Gesprächsveranstaltung der irischen Botschaft zum Thema „#rpDUB re:publica in Dublin - Ein Abend zum Festival in Irland“, unter anderem mit dem irischen Botschafter Michael Collins, dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Bündnis 90/ Die Grünen Bundestagsfraktion Dieter Janecek und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses Digitale Agenda des Deutschen Bundestags Gerold Reichenbach. Die Veranstaltung findet in der Irischen Botschaft statt, Mauerstraße 53, 10117 Berlin. 19. Oktober, Beginn: 19:00 Uhr (Anmeldung erforderlich).

WORTE DER WOCHE

»Donald Trumps Verhalten diese Woche mit seinen abfälligen Äußerungen über Frauen und seiner Angeberei mit sexuellen Übergriffen macht es mir unmöglich, ihn weiter zu unterstützen.«

Senator für den Bundesstaat Arizona, John McCain, auf Twitter. Bis Samstagabend hatten sich 36 Senatoren, Abgeordnete und Gouverneure aus Trumps eigener Partei von ihm distanziert oder ihn zum Rückzug seiner Kandidatur aufgefordert.

»Wenn Sigmar Gabriel also Kanzlerkandidat werden will, wird er das auch.«

Ralf Stegner, stellvertretender SPD-Vorsitzender, zur Kandidatendebatte in seiner Partei.

»Ich weiß wirklich von keinem anderen Land, in dem sich die Dinge so schnell und in einem solch unglaublichen Ausmaß verschlechtert haben.«

Rafael Perez-Escamilla, Professor für öffentliche Gesundheit an der Yale University, angesichts der mangelnden Gesundheitsversorgung in Venezuela.

»Letztlich braucht sie ein neues Geschäftsmodell. Sie sollte sich von weiteren Vermögensanteilen trennen und deutlich kleiner werden. Sie darf auf jeden Fall nicht versuchen, die Krise auszusitzen. Oder Pläne für einen Umbruch schmieden, die dann aber nicht oder nicht konsequent genug umgesetzt werden.«

Der Ökonom Mohamed El-Erian über das Geschäftsmodell der Deutschen Bank.

»PKWs, die im Jahr 2030 neu verkauft werden, sollten emissionsfrei betrieben werden können.«

Barbara Hendricks (SPD), Bundesumweltministerin.

»Wenn die Politik und Gesellschaft in Europa genverändertes Saatgut in Europa nicht möchte, dann akzeptieren wir das, auch wenn wir inhaltlich anderer Meinung sind.«

Werner Baumann, Bayer-Chef.

»Wir haben den Eindruck, dass wir von der aktuellen polnischen Regierung seit Monaten an der Nase herumgeführt worden sind [...] Wir sind noch nie von einem Regierungskunden so behandelt worden.«

Tom Enders, Konzernchef Airbus, reagiert empört auf das Platzen eines milliardenschweren Helikopter-Deals mit Polen.

»Das ist politische Rhetorik, die nicht viel Sinn hat und die Realitäten in Syrien nicht berücksichtigt.«

Russlands Präsident Wladimir Putin wies den Vorwurf von Kriegsverbrechen in Aleppo zurück.

TERMINE

17.10. AMERICAN ACADEMY ZU SYRIEN

Vortragsveranstaltung der American Academy in Berlin zum Thema „The Morning They Came for Us: Dispatches from Syria“, u.a. mit der Middle East Editor von Newsweek Janine di Giovanni American Academy in Berlin, Am Sandwerder 17-19, 14109 Berlin; Beginn: 19:30 Uhr (Anmeldung erforderlich).

18.10. PARLAMENTARISCHER ABEND DES DT. INSTITUTS FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

Parlamentarischer Abend des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) zum Thema „Klima- und Nachhaltigkeitsziele erreichen: Der Beitrag der Parlamente zur Umsetzung des Pariser Abkommens und der Agenda 2030“, u.a. mit der Generaldirektorin für Globalisierung, Kultur, Bildung und internationale Entwicklung im französischen Außenministerium Anne-Marie Descotes, dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesentwicklungsminister Hans-Joachim Fuchtel und Heike Hänsel MdB (Die Linke) Französische Botschaft, Pariser Platz 5, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).

19.10. KAS UND BOTSCHAFT VON PANAMA ZUR STRATEGISCHEN BEDEUTUNG PANAMAS

Eine Gesprächsveranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und der Botschaft von Panama zum Thema findet zum Thema „Panama im Fokus der Globalisierung“, u.a. mit dem Staatspräsidenten der Republik Panama Juan Carlos Varela Rodriguez in der Konrad-Adenauer-Stiftung - Akademie statt, Tiergartenstraße 35, 10785 Berlin; Beginn: 17:00 Uhr (Anmeldung erforderlich).